

Chronik des Jahres 1935

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **28 (1936)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352798>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Achille Grospierre wurde am 25. Mai 1872 in Le Locle geboren. Nach beendeter Lehrzeit als Goldschalenmacher trat er im Alter von 18 Jahren der gewerkschaftlichen Organisation bei und liess sich in Le Locle nieder, wo er sich rasch das Vertrauen seiner Kollegen erwarb. Nach einigen Jahren wurde er auf dem Pruntrut Kongress des Schalenmacherverbandes zum Präsidenten gewählt. Bald besaßen die Schalenmacher eine der besten Organisationen der Uhrenindustrie.

Später war Achille Grospierre einer der Pioniere des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Uhrenarbeiter und dann der Fusion der Uhrenarbeiterverbände mit den Metallarbeiterorganisationen. Die sozialistischen Wähler sandten ihn in den Generalrat von Le Locle, später in den Gemeinderat und in den Grossen Rat von Neuenburg, den er 1916 präsidierte. Die Wähler des Berner Juras wählten ihn 1917 in den Nationalrat. Sein Mandat wurde immer wieder erneuert, bis er 1935 aus Krankheitsrücksichten auf seine Kandidatur verzichtete.

So hat Achille Grospierre während mehr als vierzig Jahren das harte Leben eines ersten Vertrauensmannes der Arbeiterbewegung geführt, stets bereit, in die Lücke zu springen, ständig unterwegs in allen Regionen der romanischen Schweiz, immer da, wo man seinen Ratschlag und seiner ermutigenden Worte bedurfte. Er war ein Mann der Pflicht. Sein ganzes Leben hat er schrankenlos der Arbeiterbewegung gewidmet, und ihr haben seine letzten Gedanken gegolten. Auf seinem Sterbebett, als er mit freudigem Empfinden die zahlreichen Beweise treuer Anhänglichkeit empfing, die ihm täglich zugingen, pflegte er zu sagen: «Ach die guten Seelen! Ich habe sie so geliebt, die prächtigen Arbeiter, denen ich wünsche, dass es ihnen immer besser gehen möge, wie sie es auch verdienen!»

In den letzten Jahren beschränkte er sich, wenn auch ungern und nur unter dem Zwang der geschwächten Gesundheit, auf die Redaktion der «Lutte syndicale». Wir wissen, mit wieviel Liebe er sich seiner Zeitung annahm. Während dieser Zeit schrieb er die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der Uhrenindustrie und als sein letztes Werk «Das Gewissen des Felix Jacot», ein Buch, das er in Anerkennung der vielen schönen gemeinsam verlebten Jahre seiner Lebensgefährtin widmete. Er schrieb es im Gedenken an die Arbeiter seiner Generation, die er um sich in seinem geliebten Jura um ihre Existenz kämpfen sah.

Achille Grospierre ist tot; aber sein Name wird mit einer der grössten Perioden der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung unlösbar verknüpft bleiben.

Chronik des Jahres 1935.

Schweiz.

- 5. Febr.: Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Kreditkassen mit Wartezeit (sogenannte Bausparkassen und ähnliche Kreditkassen).
- 13. Febr.: Bundesrat Schulthess demissioniert und erklärt sich bereit, das Präsidium der schweizerischen Bankenkommision zu übernehmen.
- 24. Febr.: Die Volksabstimmung über die Abänderung des Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation (Verlängerung der Rekrutenschule) ergab 507,434 Ja und 429,520 Nein.

6. März: Der Bundesrat veröffentlicht den Bericht an die Bundesversammlung betreffend das Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not (Kriseninitiative) und beantragt ihre Verwerfung.
12. März: Die Volksinitiative zur Entpolitisierung der Bundesbahnen wird mit 113,698 gültigen Unterschriften eingereicht.
4. April: Die vereinigte Bundesversammlung wählt Hermann Obrecht mit 125 Stimmen (absolutes Mehr 105 Stimmen) zum Bundesrat. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Perret, erhält 54 Stimmen.
5. April: Die Bundesversammlung beschliesst die Fortsetzung der Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten und für die Linderung der landwirtschaftlichen Notlage.
Die Bundesversammlung genehmigt die Fortsetzung der Hilfsmassnahmen für das schweizerische Hotelgewerbe. Die Hotel-treuhandgesellschaft erhält einen neuen Kredit von 6 Millionen Franken.
Der Ständerat beschliesst die Verwerfung der Kriseninitiative mit 30 gegen 1 Stimme, ebenso der Nationalrat mit 89 gegen 51 Stimmen.
5. Mai: In der Volksabstimmung wird das Bundesgesetz über die Regelung der Beförderung von Gütern und Tieren mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen (Verkehrsteilungsgesetz) mit 487,169 gegen 232,954 Stimmen verworfen.
24. Mai: Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über Arbeitsnachweis, berufliche Förderung und Erleichterung der Versetzung von Arbeitslosen, in der die finanzielle Unterstützung von Kursen zur beruflichen Weiterbildung und Umschulung von Arbeitslosen geregelt ist. Der Bundesrat ermächtigt die Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes den freiwilligen Arbeitsdienst finanziell zu unterstützen.
2. Juni: In der Volksabstimmung wird die Kriseninitiative mit 567,425 gegen 425,242 Stimmen verworfen; die Kantone Bern, Solothurn, Baselstadt, Baselland und Schaffhausen weisen eine annehmende Mehrheit auf.
18. Juni: Die Bundesversammlung genehmigt den dringlichen Bundesbeschluss über den Schutz der Sicherheit der Eidgenossenschaft.
25. Juni: Der Bundesrat beschliesst zur Sanierung der Bundesfinanzen die Zuckerzölle auf ungefähr das Dreifache und den Benzin-zoll von Fr. 20.— auf Fr. 28.— pro 100 kg zu erhöhen.
28. Juni: Der Bundesrat beschliesst zur Förderung des Fremdenverkehrs die Herabsetzung des Benzinzolles für ausländische Automobil- und Motorradfahrer, die als Feriengäste in die Schweiz kommen.
8. Juli: Die Initiative gegen die eidgenössische Steuer auf inländischem Wein und Most ist mit 159,163 Unterschriften zustandegekommen.
6. Aug.: Der Bundesrat verbietet das Erscheinen der Zeitung «Adula» und jedes Ersatzblattes.
Der Bundesrat beschliesst eine Verordnung über die Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion. Zur Hem-

mung der Ueberproduktion werden Schweine- und Milchkühehaltung eingeschränkt. Durch Beiträge an die Frachtkosten soll der Viehexport erleichtert werden.

10. Aug.: Die Strafuntersuchung bei der Schweizerischen Volksbank wird mangels Schuldbeweises eingestellt.

8. Sept.: Die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung wird in der Volksabstimmung mit 511,578 gegen 196,135 Stimmen verworfen.

27. Sept.: Die Bundesversammlung beschliesst die Verlängerung des dringlichen Bundesbeschlusses über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warengeschäften, Kaufhäusern, Einheitsgeschäften und Filialgeschäften. Der Bundesrat kann von diesem Gesetz Ausnahmen gestatten, falls die zuständigen Verbände des Kleinhandels sich mit den betreffenden Grossunternehmungen verständigt haben. Dies ist der Fall bei den Konsumgenossenschaften, die damit nicht unter das Verbot fallen.

Die Bundesversammlung ermächtigt den Bundesrat, zur Sanierung der Neuenburger Kantonalbank verzinsliche Darlehen bis zu 30 Millionen Franken und zinslose Vorschüsse bis zu höchsten 15 Millionen Franken zu gewähren.

27. Okt.: Die Nationalratswahlen ergeben für die Hauptparteien folgende Verteilung der Stimmenzahlen: Sozialdemokraten 28,1 Prozent (28,9 Prozent), Freisinnige und Demokraten 23,7 Prozent (26,5 Prozent), Katholisch-Konservative 20,2 Prozent (21,4 Prozent), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 11 Prozent (15,7 Prozent). Die einzelnen Fraktionen erhalten folgende Mandate: Sozialdemokraten 50 (50), Radikaldemokraten 48 (52), Katholisch-Konservative 42 (44), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 21 (29), Liberaldemokraten 7 (6), Freie und demokratische Fraktion 7 (1), Unabhängige Fraktion 7 (0), Kommunisten 2 (2), Nationale Front 1 (0), Verschiedene 2 (3). In der Mehrzahl der Kantone fanden auch die Ständeratswahlen statt, die den Sozialdemokraten 3 (1) Sitze brachten. Die Freiwirtschaftler verloren ihren Sitz.

28. Okt.: Der Bundesrat beschliesst ein Ausfuhr-, Wiederausfuhr- und Durchfuhrverbot für Kriegsmaterial nach Abessinien und nach Italien.

5. Nov.: Der Bundesrat beantragt die Verschärfung der Bestimmungen über die Unterzeichnung von Initiative und Referendum. Die Unterschriften sollen eigenhändig auf der Gemeindekanzlei erfolgen. Er zieht jedoch kurz darauf die Vorlage wieder zurück, da sich eine scharfe Opposition erhebt.

12. Nov.: Der Bundesrat beschliesst das Ausfuhrverbot nach Italien für Waren, die zur Produktion von Kriegsmaterial verwendet werden. Er verbietet auch die Gewährung von Darlehen nach Italien.

22. Nov.: Der Bundesrat erlässt eine Botschaft über neue ausserordentliche Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts in den Jahren 1936/37 (Finanzprogramm II). Die Vorlage sieht zirka 60 Millionen Franken Einsparungen (darunter Lohnabbau) und 80 Millionen Franken Neueinnahmen vor.

Ausland.

13. Jan.: Saarabstimmung. Für den Anschluss an Deutschland werden 476,089, für den Status quo 46,613 und für Frankreich 2100 Stimmen eingelegt.
1. März: Endgültige Rückgliederung der Saar an Deutschland.
9. März: Der deutsche Emigrant Berthold Jakob wird aus Basel nach Deutschland verschleppt.
- 9./13. März: Bürgerkrieg in Griechenland. Der frühere Ministerpräsident Venizelos organisiert einen Aufstand, der von den Regierungstruppen niedergeschlagen wird.
16. März: Hitler führt in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht ein und bricht damit den Versailler Vertrag.
19. März: In Norwegen wird eine neue Regierung aus Vertretern der Arbeiterpartei geschaffen.
26. März: Das belgische Kabinett wird mit der Beteiligung der Sozialisten neu gebildet.
29. März: Der belgische Franken wird um 28 Prozent abgewertet.
18. Juni: Ein deutsch-englisches Flottenabkommen bestimmt, dass Deutschland eine Gesamttonnage von 35 Prozent der englischen Effektivstärke besitzen dürfe.
14. Juli: In ganz Frankreich demonstriert die «Volksfront» gegen den Faschismus und für die demokratischen Freiheitsrechte.
18. Sept. Deutschland muss den entführten Emigranten B. Jakob wieder an die Schweiz zurückgeben.
3. Okt.: Italienischer Einmarsch in Abessinien.
10. Okt.: Monarchistischer Staatsstreich in Griechenland.
18. Okt.: Die österreichische Regierung wird unter Ausschaltung Feys umgebildet. Der italienischfreundliche Kurs wird dadurch verstärkt.
22. Okt.: Die Wahlen in Dänemark bestätigen die Regierung Stauning. Die Sozialdemokraten konnten ihre Mandate von 62 auf 68 erhöhen.
14. Nov.: Die Unterhauswahlen in England bringen den Sieg der Konservativen. Die Hauptparteien erhalten folgende Mandate: Konservative 380 (452), Arbeiterpartei 153 (246), die liberalen Parteien 51 (67).
18. Nov.: Die vom Völkerbund beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien treten in Kraft.

Buchbesprechung.

Ein Jahr Schuschnigg. Dokumente einer Diktatur. Verlag L'Eglantine, Brüssel.

Walter Citrine, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat das Vorwort geschrieben zu dieser kleinen Schrift, die auf Grund von Dokumenten scharfe Anklage erhebt gegen die österreichische Diktatur. Auch nach der Amnestierung behält die Anklage ihre Berechtigung, solange Freiheit und politische Rechte in Oesterreich unterdrückt sind.